

SAXGRÜN



Zukunft
unternehmen!



FRANZISKA SCHUBERT

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

wir leben in bewegten Zeiten. Was auf der Welt geschieht, wirkt sich aus auf unser Leben, unser Land und unseren Alltag. Meine Erfahrung ist, dass das für uns Menschen dann besonders schwierig ist, wenn wir das Gefühl haben, nichts tun zu können oder mit der Situation allein zu sein. Aber bei allem, was gerade geschieht: Wir leben in einem Land, das gezeigt hat, dass es mit Krisen umgehen kann.

Aktuell beschäftigt uns die Wirtschaft – mit ihren Veränderungsprozessen im Übergang zu einer neuen Zeit. Als Wirtschaftsgeografin sehe ich das auch im Kontext bisheriger Wirtschaftszyklen. Stets waren Innovation und Technologie der Motor für den nächsten Schritt. Und das vollzieht sich gerade vor unseren Augen. Wir sind Teil der Landes- und Bundesregierung: Es ist unsere Verantwortung, in schwierigen Zeiten Zuversicht zu schaffen. So ist es gelungen, den Unternehmen in der Krise mit Entlastungen unter die Arme zu greifen und den Ausbau der erneuerbaren Energien entscheidend voranzubringen. Doch die vielfältigen Herausforderungen bewältigen wir nicht allein. Deshalb setzen wir BÜNDNISGRÜNE auf die Fortführung und den Ausbau unseres Dialogs mit den Praktikerinnen und Praktikern vor Ort.

Passend zu unserem Wirtschaftsempfang im Januar 2024 haben wir die 41. Ausgabe der Saxgrün deshalb unter das Motto „Zukunft unternehmen“ gestellt. Mit meinem Kollegen Gerhard Liebscher habe ich auf den Seiten 6 und 7 unsere Gedanken zur Wirtschaft von heute und morgen festgehalten. Lassen Sie uns zu diesen Visionen ins Gespräch kommen: auf dem Wirtschaftsempfang unserer Fraktion, bei einem Gespräch im Landtag oder bei Ihnen vor Ort. Denn nur gemeinsam können wir die notwendigen strukturellen Veränderungen im Land voranbringen. Lassen Sie uns die Aufgaben anpacken und zusammen Zukunft unternehmen!

In diesem Sinne: Viel Freude mit der neuen Ausgabe unseres Fraktionsmagazins.

Franziska Schubert
Fraktionsvorsitzende

IM LANDTAG BESCHLOSSEN

KINDERGERECHTE JUSTIZ

Ob als Beteiligte in einem Familienverfahren oder als Zeugin in einem Strafverfahren – nicht selten sind auch Kinder und Jugendliche Teil von Gerichtsverfahren. Als BÜNDNISGRÜNE ist es unser Ziel, die Rechte von Kindern und Jugendlichen in jeder Verfahrenslage zu berücksichtigen und zu schützen. Dabei setzen wir auf den Ausbau bereits gut funktionierender Ansätze, wie z. B. die sogenannten Childhood-Häuser, psychosoziale Prozessbegleitung, altersgerechte Aufenthaltsräume für die Zeit von Verhandlungen in den Gerichtsgebäuden sowie die Verfügbarkeit leicht verständlicher Informationen zu Gerichtsverfahren. Darüber hinaus verstärken wir mit unserem Koalitionsantrag die Forderung nach einer verpflichtenden Fortbildung für Richter*innen im Bereich kindlicher Entwicklung. Nur wenn wir tatsächlich überall im Land Gerichtsverfahren haben, die auf Alter, Reife und Entwicklung von Kindern und Jugendlichen Rücksicht nehmen, können wir ihre Rechte umfassend schützen und ihr Vertrauen in unser Justizsystem stärken.

Beschlossen: 20.09.2023 (Drs 7/13914)

Mehr Informationen zum Antrag: → www.gruene-fraktion-sachsen.de/kindgerechte-justiz

VIERTER MEDIENÄNDERUNGS- STAATSVERTRAG

Die Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist ein Großprojekt, das uns BÜNDNISGRÜNEN am Herzen liegt. Denn der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eine unverzichtbare Säule der demokratischen Meinungsbildung. Mit dem „Vierten Medienänderungsstaatsvertrag“ sind im September weitere wichtige Zwischenschritte dieser Reform gelungen. Vor allem wurden die Aufsichtsgremien gestärkt, die über die angemessene Verwendung der Beitragsgelder und die Erfüllung des Programmauftrages wachen. Andererseits wurde die Transparenz vorgebracht, indem Bezüge, Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen für alle Bürger*innen nachvollziehbar werden. Als BÜNDNISGRÜNE setzen wir weiter alles daran, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinen Aufgaben gerecht werden kann und gleichzeitig das Vertrauen der Menschen in diese wichtige Institution hoch bleibt.

Beschlossen: 20.09.2023 (Drs 7/13511)

Mehr Informationen zum Gesetz:
→ www.gruene-fraktion-sachsen.de/medienaenderungstaatsvertrag

DEMOKRATIEBILDUNG AN SCHULEN

Es ist leider nichts Neues, dass antidemokratische Kräfte vor allem Schulen und junge Menschen in den Fokus ihrer Hetzkampagnen nehmen. Mit vermeintlich einfachen Parolen wird gegen Vielfalt und Demokratie Stimmung gemacht. Als BÜNDNISGRÜNE stehen wir für den Schutz der Kinder und unserer Demokratie. Im Juli konnten wir hierzu einen Koalitionsantrag beschließen, der vor allem die weitere Umsetzung der Maßnahmen aus dem Handlungskonzept „W wie Werte“ beinhaltet, wie z. B. mehr Mitbestimmung für Schülerinnen und Schüler sowie mehr Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte im Bereich Demokratie. Angesichts der aktuellen antidemokratischen Bedrohungen unserer Schulen setzen wir damit einen Kontrapunkt, schützen die wertvolle Arbeit der Lehrkräfte und verteidigen unsere Schulen als Orte der Debatte, des Einmischens und der gelebten Toleranz.

Beschlossen: 06.07.2023 (Drs 7/13690)

Mehr Informationen zum Antrag:
→ www.gruene-fraktion-sachsen.de/demokratiebildung

DIE ZUKUNFT IST WEIBLICH!

Das im September verabschiedete Gleichstellungsgesetz ist ein großer BÜNDNISGRÜNER Erfolg: Das angestaubte Frauenförderungsgesetz wird endlich abgelöst. Ab dem 1. Januar 2024 gilt ein modernes Gleichstellungsgesetz, das für tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern sorgt. Das Gesetz betrifft den öffentlichen Dienst, hat aber auch Vorbildcharakter für unsere Wirtschaft und Gesellschaft.



Der Frauenanteil im öffentlichen Dienst ist seit Jahren überdurchschnittlich hoch und liegt aktuell bei etwa 64 Prozent. Doch der Anteil an Frauen in Führungspositionen stagniert bei unter 50 Prozent. Bei Polizei, Universitäten und Staatsanwaltschaften liegt der Anteil von Frauen in Führungsebenen sogar unter 25 Prozent. Diese Zahlen belegen bereits eindrucksvoll, wie groß die Herausforderungen im Bereich Gleichstellung trotz aller bedeutenden Fortschritte der vergangenen Jahrzehnte weiterhin sind. Dabei sollte es uns schon angesichts des akuten Fachkräftemangels besonders am Herzen liegen, für alle Menschen die besten Voraussetzungen für Aufstiegschancen zu schaffen.

Wir BÜNDNISGRÜNE leben Gleichstellung nicht nur durch Strukturen und Regeln innerhalb unserer Fraktions- und Parteiarbeit, wir streben nach echter Gleichstellung für alle Menschen in Sachsen. Schon vor Beginn der aktuellen Wahlperiode war uns klar: Mit dem Frauenförderungsgesetz aus dem Jahr 1994 (älter als manche Abgeordnete unserer Fraktion) wird das nicht gelingen. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode legten wir aus der Opposition heraus einen Entwurf für ein modernes Gleichstellungsgesetz vor. Die Abgeordnete, die den Entwurf damals in den Sächsischen Landtag einbrachte, war übrigens Katja Meier. Sie konnte das Thema Gleichstellung als Staatsministerin in dieser Wahlperiode nun zur Cheffinnensache machen.



Die Befassung im Parlament (in dem übrigens weniger als 30 Prozent der Abgeordneten weiblich sind) folgte und am 20. September 2023 war es endlich so weit: Mit den Stimmen aller demokratischen Fraktionen wurde das Gleichstellungsgesetz beschlossen. Wir BÜNDNISGRÜNE freuen uns sehr über diesen Erfolg. Das Gesetz ist ab 1. Januar 2024 im Freistaat Sachsen gültig und bringt einige Verbesserungen auf den Weg.



→ 1. Stärkung der Gleichstellungsbeauftragten

Die Gleichstellungsbeauftragten sind die zentrale Stelle, an die sich Menschen wenden können, die sich diskriminiert fühlen. Die Arbeit ist unheimlich wertvoll und gibt wichtige Impulse in die Mitarbeiter*innenschaft. Mit dem Gleichstellungsgesetz konkretisieren wir die Freistellungsregelungen für die Beauftragten. Außerdem stärken wir in Land und Kommunen ihre Beanstandungsrechte bis hin zu einem Klagerecht, damit sie eben nicht mehr nur auf den guten Willen des Dienstherrn angewiesen sind. Darüber hinaus konkretisiert das Gesetz ihre Beteiligungsrechte. Wirksamer Schutz gegen Diskriminierung und echte Fortschritte bei der Gleichstellung lassen sich nur mit den entsprechenden Befugnissen erreichen. Davon geben wir den Gleichstellungsbeauftragten für ihre wertvolle Arbeit eine große Reihe an die Hand.



→ 2. Förderung von Frauen in Führungspositionen

Das Gesetz erweitert die Möglichkeiten, um mehr Frauen für Führungspositionen zu gewinnen. Dies betrifft einerseits die bevorzugte Ermöglichung der Teilnahme an Weiterbildungen und Mentorings. Andererseits sollen bei Bewerbungsgesprächen mindestens paritätisch Frauen eingeladen werden. Hinzu kommen weitere Förderungsmöglichkeiten für die Ebenen, in denen sie unterrepräsentiert sind. Wir sind überzeugt, dass es im Freistaat viel schlummerndes weibliches Potenzial gibt – und das fördern wir aktiv mit dem Gleichstellungsgesetz.



→ 3. Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes

Die Arbeitswelt befindet sich in einem starken Wandel, der nicht zuletzt durch die Corona-Pandemie beschleunigt wurde. Homeoffice, Teilzeitregelungen auch für Führungskräfte, flexiblere Arbeitszeiten etc. gehören mittlerweile in fast jedem Unternehmen zur Selbstverständlichkeit. Der öffentliche Dienst muss attraktiver werden, um auch in Zukunft Fachkräfte zu finden. Das Gleichstellungsgesetz schreibt die o.g. Möglichkeiten fest. So wird das Gesetz praktisch Zuhause wirken, denn Pflege- und Sorgearbeit lässt sich besser aufteilen.

Im Wesentlichen führen die Neuregelungen dazu, dass Gleichstellung deutlich verbindlicher wird. Die gesetzliche Grundlage führt am Ende zu einer Verbesserung für alle, denn der Bedarf an flexibler Arbeitszeitgestaltung durch Kinderbetreuung o.ä. ist in den vergangenen Jahren bei allen Geschlechtern gewachsen. Wir schaffen also nicht nur einen großen Fortschritt für mehr Gleichstellung in Sachsen, sondern bringen den öffentlichen Dienst in diesem Bereich in das 21. Jahrhundert.

Die Regelungen haben Vorbildcharakter. Als BÜNDNISGRÜNE erhoffen wir uns, dass auch die Unternehmen in Sachsen darauf schauen und Punkte für sich übernehmen. Von mehr Gleichstellung profitieren am Ende schließlich alle.





© Jaroslaw Kubiak

Franziska Schubert

VERANTWORTUNG FÜR DAS GANZE

Als Tochter eines Fleischermeisters aus der Oberlausitz bin ich von Kindesbeinen an mit einer starken Bindung zum Handwerk aufgewachsen – das hat auch meinen politischen Blick wesentlich mitgeprägt. Ich weiß, was es heißt, durch schwierige Zeiten zu kommen – und ich weiß, dass das Handwerk für Werte eintritt, die für unsere Gesellschaft wichtig sind. Sich durch eigene Arbeit etwas aufzubauen, verdient Anerkennung. Genauso wie die Leistung all jener Selbständigen und Unternehmen, die in den 1990er Jahren mit großen Herausforderungen zu kämpfen hatten. Ich habe großen Respekt vor allen Menschen, die hier im Land anpacken.

Als Wirtschaftsgeografin ordne ich die aktuellen Veränderungsprozesse als neuen Wirtschaftszyklus ein. Erneut sind Anpassungsfähigkeit, Kreativität, Innovation gefragt – all das, was auch Sachsens Unternehmertum ausmacht. Dafür braucht es politische Rahmenbedingungen. Überbordende Bürokratie, hohe Steuerbelastungen, mangelnde Wertschätzung, fehlende Fachkräfte, die Frage nach bezahlbarer Energie – das sind nur einige Beispiele dessen, was mir täglich im Gespräch mit Unternehmen begegnet. Ich erlebe jedoch auch eine Entschlossenheit, mit den Veränderungen umgehen zu wollen und Lösungen zu suchen. Es ist unsere politische Aufgabe, genau das gut und planungssicher zu begleiten. Wir BÜNDNISGRÜNE unterstützen die kleinen und mittleren Unternehmen, die im Bereich des Handwerks das Herzstück unserer Wirtschaft bilden, schaffen aber auch attraktive Standortbedingungen für Großunternehmen.

Es geht um die vier großen Veränderungstrends: Demografie (Stichwort Arbeitskräfte), Digitalisierung (Stichwort KI), Dekarbonisierung (Stichwort Klimaneutralität) und De-Risking (Stichwort unabhängige Energieversorgung). Und ich könnte ein weiteres D hinzufügen: Demokratie – die Grundlage unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Mein Grundverständnis von Politik ist es, den Praktikerrinnen und Praktikern vor Ort zuzuhören und ihre Erfahrungen in unsere Entscheidungen einfließen zu lassen. Ich gehöre zu den Menschen, die die Chancen sehen und nach Lösungen suchen; ich glaube, das darf auch zu Recht von uns erwartet werden. Apropos Lösungen: Ich bin froh darüber, dass wir in Sachsen gemeinsam mit unserem Minister Wolfram Günther endlich die Bremsen beim Ausbau der erneuerbaren Energien lösen konnten. Nach Jahren des Stillstandes haben uns nun die geopolitischen Ereignisse einen Katalysator beschert, der Tempo in das Thema Energieversorgung bringt. Unsere Unternehmerinnen und Unternehmen sollen sich langfristig auf eine günstige, unabhängige, sichere und nachhaltige Energieversorgung verlassen können. Das macht nicht nur unsere Wirtschaft widerstands- und wettbewerbsfähiger, sondern unseren ganzen Freistaat.

Am Ende geht es um das Wohl aller und eine gemeinsame Verantwortung für das Ganze. Dafür werde ich als Kind des Handwerks weiter eintreten.



© Jaroslaw Kubiak

Gerhard Liebscher

ATTRAKTIVE ANGEBOTE UND KLARE HALTUNG

Als ehemaliger Geschäftsführer eines Industrieunternehmens mit rund 500 Beschäftigten in Plauen spreche ich beim Thema Wirtschaft aus eigener Erfahrung. Ich weiß, welche Fragen Unternehmerinnen und Unternehmer bewegen. Umso wichtiger ist es mir als Wirtschaftspolitiker, mit ihnen im Dialog zu bleiben. Denn die Herausforderungen unserer Zeit können wir nur gemeinsam bewältigen.

Ich sehe viele sächsische Unternehmerinnen und Unternehmer, die sich auf den Weg machen und ihre Betriebe klimafreundlich umbauen. Sie gehen voran, wenn es darum geht, energieeffizient und klimafreundlich zu produzieren. Sie forcieren den Ausbau erneuerbarer Energien, investieren Kraft und Zeit in die Ausbildung unserer jungen Leute und die Integration von internationalen Arbeitskräften. Sie gehen ins unternehmerische Risiko und ermöglichen technische, soziale oder ökologische Innovation.

Aber Unternehmen müssen gleichzeitig im Markt überleben. Unsere Aufgabe ist es, Bedingungen zu schaffen, die Sicherheit im Umbau geben: Sicherheit für ihre Versorgung und für ihre Investitionen. Nur was berechenbar ist, lässt sich auch in unternehmerische Praxis übertragen.

Als BÜNDNISGRÜNE ist es uns ein Kernanliegen, den Umbau unserer Wirtschaft hin zur Klimaneutralität zu unterstützen. Denn die Frage ist nicht, ob wir unsere

Gesellschaft klimaneutral weiterentwickeln, sondern wie das in der Praxis letztendlich gut funktionieren kann. Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energieversorgung und einer entsprechenden Infrastruktur braucht es Investitionssicherheit. Hier sprechen die internationalen Banken eine klare Sprache: Wer langfristig kreditfähig sein will, muss nachhaltig produzieren. Dafür benötigen unsere Unternehmen Rohstoffe aus Kreislaufführung und die Energie aus Sonne und Wind. Wir wollen aber auch Prozesse vereinfachen: Es braucht digitale Verfahren, international vergleichbare Maßstäbe in der Nachhaltigkeitsbewertung und Messbarkeit.

Ein weiteres Anliegen, das mir als Wirtschaftspolitiker ganz besonders am Herzen liegt, ist die Fachkräftezuwanderung. Die Situation der Unternehmen im Freistaat zeigt immer deutlicher: Die sächsische Wirtschaft und der sächsische Strukturwandel sind auf Fachkräfte angewiesen! Faire Zuwanderung ist daher eine der drei arbeitsmarktpolitischen Säulen, die wir BÜNDNISGRÜNE voranbringen wollen – neben der Chancengleichheit und der Aus- sowie Weiterbildung. Gemeinsam mit den Kammern wollen wir den Fokus beim Thema Zuwanderung künftig mehr auf die Einordnung von vorhandenen Qualifikationen lenken und nicht auf formale Bildungsabschlüsse beschränken. Wenn wir im Wettbewerb um Fach- und Arbeitskräfte erfolgreich sein wollen, braucht es attraktive Angebote und eine klare Haltung – gegen Vorurteile und Übergriffe auf Menschen anderer Herkunft. Dafür stehe ich ein.



SACHSEN AUF DEM WEG ZUR SCHULE DER ZUKUNFT

Das System Schule muss sich weiterentwickeln – daran bestehen längst keine Zweifel mehr. Sachsen geht unter dem Titel „Bildungsland 2030“ unter Beteiligung zahlreicher Expertinnen und Experten voran.

Mit dem Beteiligungsprozess „Bildungsland 2030“ hat der Freistaat ein Debattenformat mit Expert*innen und Praktiker*innen gestartet, bei dem neben der Quantität endlich auch wieder über die Qualität der Bildung gesprochen wird. Wie kann es gelingen, Schüler*innen die notwendigen Kompetenzen zu vermitteln, die sie im 21. Jahrhundert brauchen? Wie schaffen wir es, alle mitzunehmen und kein Kind zurückzulassen? Was muss die Schule der Zukunft leisten – und was braucht sie dafür?

Auf all diese Fragen soll der Beteiligungsprozess Antworten bringen. Wir BÜNDNISGRÜNE freuen uns über diesen Impuls auf dem Weg zur Schule der Zukunft. Lehrkräfte, Schulen und Schulleitungen, aber auch die Bildungsverwaltung müssen in der Lage sein, dem Wandel in unserer Welt gerecht zu werden.

Die Herausforderungen sind unverändert groß, wie sich im gerade begonnenen Schuljahr 2023/24 erneut zeigt. Insbesondere die Personalsituation wird sich auf absehbare Zeit kaum entspannen. Trotz einiger Hoff-

nungsschimmer, etwa einer Verbesserung der Lage an den Grundschulen oder der umfangreichen Nutzung des Anwärtersonderzuschlags im ländlichen Raum, sehen wir die Bilanz des Einstellungsverfahrens mit einiger Sorge. Die Maßnahmen zur Lehrkräftegewinnung müssen deshalb beibehalten und, wo nötig, intensiviert werden.

Ich bin unverändert zuversichtlich, dass es gelingen kann, Schule positiv zu verändern und zukunftsfest aufzustellen.

Christin Melcher

Aber auch die Arbeitssituation der Lehrkräfte und damit die Attraktivität des Berufes muss sich deutlich verbessern. Eine Studie der GEW hat bestätigt: Sächsische Lehrkräfte arbeiten deutlich mehr als vertraglich vereinbart und mehr als im bundesdeutschen Durchschnitt. Für das Kerngeschäft Unterricht wird nur etwa ein Drittel der Arbeitszeit genutzt. Mehrarbeit und eine hohe Arbeitsbelastung sind die Regel, individuelle Überforderung und gesundheitliche Gefährdungen die Folge.

An einem Ausbau der Assistenzsysteme führt für uns BÜNDNISGRÜNE deshalb kein Weg vorbei, vor allem in der Schulverwaltung und bei der Betreuung der Technik. Auch die Teamarbeit unter Lehrkräften (als Unterstützung bei der Klassenführung/Zweitlehrkräfte-Prinzip) und der gezielte Einsatz digitaler Medien können Lehrkräfte wirkungsvoll entlasten. „Ich bin unverändert zuversichtlich, dass es gelingen kann, Schule positiv zu verändern und zukunftsfest aufzustellen. Dabei kommt es auch auf den Reformwillen und die Innovationskraft von Schule, Lehrkräften und Bildungssystem an“, betont unsere Bildungspolitikerin Christin Melcher. „Wir BÜNDNISGRÜNE stehen als konstruktive Partnerin bereit und werden weiterhin für moderne, gerechte und demokratische Schulen in Sachsen eintreten.“



© Andi Weiland | Gesellschaftsbilder.de



RECHTSEXTREMISMUS WIRKSAM BEKÄMPFEN

Sachsen hat ein Problem mit Rechtsextremismus. Dank unseres Einsatzes geht der Freistaat dieses Problem erstmals mit einem Gesamtkonzept an. Unser Innenpolitiker Valentin Lippmann fasst zusammen, wie es um die Umsetzung steht.

In Sachsen finden sich über Jahre hinweg gewachsene Nazi-Strukturen, die die Basis für rechtsextreme Taten bieten. Hier lebten die Täter*innen des NSU, hier radikalisierten sich die Rechtsterroristen der „Gruppe Freital“ und „Revolution Chemnitz“, die Anschläge auf Migrant*innen und Andersdenkende verübten.

Sachsen darf kein Rückzugsraum oder Radikalisierungsort für rechtsterroristische Gruppen oder Einzeltäter*innen sein!

Valentin Lippmann

Dass die rechtsextreme Gefahr noch lange nicht gebannt ist, zeigen auch die regen Aktivitäten der Freien Sachsen sowohl in den sozialen Medien als auch bei Veranstaltungen und Demonstrationen.

Wir BÜNDNISGRÜNE wollen und können die Augen davor nicht verschließen. Unsere erstmalige Regierungsbeteiligung in Sachsen haben wir genutzt, um ein Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus auf den Weg zu bringen. Doch welche Maßnahmen wurden bisher umgesetzt? Was gilt es noch anzugehen? Ein paar der wichtigsten Punkte hat unser Innenpolitiker Valentin Lippmann zusammengefasst:

In den knapp zwei Jahren seit Beschluss des Gesamtkonzepts wurde bereits viel erreicht. Wir haben ein Expert*innen-Netzwerk gegen Rechtsextremismus geschaffen und eine zentrale Anlaufstelle für Opfer von Rechtsextremismus und Antisemitismus etabliert. Durch die „Orte der Demokratie“ wird die Zivilgesellschaft im ländlichen Raum gestärkt. Schon jetzt werden dreizehn Projekte gefördert. Zudem haben wir die wissenschaftliche Arbeit gestärkt: Vor allem das Else-Frenkel-Brunswik-Institut schafft mit seinen wissenschaftlichen Analysen demokratiefeindlicher

Einstellungen im Freistaat jenes Wissen, das Grundlage für zivilgesellschaftliches und staatliches Handeln darstellt.

Bei der Evaluation des Gesamtkonzeptes wurden jedoch auch Leerstellen deutlich, die nun angegangen werden müssen. Das betrifft insbesondere die dem Gesamtkonzept zugrundeliegende Definition von Rechtsextremismus. Die enge Orientierung am historischen Nationalsozialismus wurde von den Sachverständigen fast unisono bemängelt – denn dadurch entsteht die Gefahr, dass den heterogenen Erscheinungsformen des aktuellen Rechtsextremismus nicht mit ausreichender Schlagkraft begegnet werden kann.

Sachsen darf kein Rückzugsraum oder Radikalisierungsort für rechtsterroristische Gruppen oder Einzeltäter*innen sein. Deshalb müssen Rechtsextremisten konsequent entwapnet, die Strafverfolgung im Bereich politisch motivierter Kriminalität verstärkt und dubiose Finanzflüsse aufgeklärt werden. Auch die Kommunen brauchen unsere Unterstützung, damit rechtsextreme Veranstaltungen und Landnahme unterbunden werden können. Eine Fortschreibung des Gesamtkonzepts ist deshalb unerlässlich – zum Schutz von Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit und Pluralität in Sachsen.



Link zur Evaluation:

→ www.gruene-fraktion-sachsen.de/evaluation-rex



VOLLER EINSATZ FÜR DEN ERHALT UNSERER BÜHNEN

Die kommunalen Theater tragen maßgeblich zur kulturellen Teilhabe und Lebensqualität in den Regionen Sachsens bei. Umso alarmierender sind die aktuellen Hilferufe der sächsischen Bühnen. Wir BÜNDNISGRÜNE nehmen diese ernst und wollen dem Abbau von Personal sowie ganzer Sparten entgegenwirken.

In den vergangenen Jahren haben wir uns mit unseren Koalitionspartnerinnen von CDU und SPD darauf verständigt, die Mitfinanzierung der Personalausgaben der Einrichtungen durch den Freistaat fortzusetzen und den Kulturpakt weiterzuentwickeln. Im Doppelhaushalt 2023/24 haben wir BÜNDNISGRÜNE uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Mittel um insgesamt vier Millionen Euro auf 17,5 Millionen Euro aufgestockt wurden. Allerdings veränderten sich parallel die Rahmenbedingungen durch enorme Kostensteigerungen. Insofern verwunderte der Hilferuf des Landesverbandes Sachsen im Deutschen Bühnenverein im Juni 2023 kaum, zeigte aber nochmal deutlich die zu erwartenden Finanzierungslücken.

Damit die kulturelle Teilhabe und die Bandbreite an Theater- sowie Orchesterangeboten nicht eingeschränkt werden, setzen wir uns als BÜNDNISGRÜNE-Fraktion dafür ein, die Theater- und Orchesterstrukturen zu stabilisieren. Wir sehen den Freistaat in der Verantwortung, mit den Einrichtungen und den kommunalen Trägern Lösungen zu finden. Unser Ziel ist eine dynamische Anpassung der Theater- und Orchesterfinanzierung an die Kostenentwicklung, in gemeinsamer Verantwortung von Freistaat und Kommunen. Dafür gilt es, die Voraussetzungen zu schaffen. Hier wollen wir ansetzen:

- Verhinderung von Insolvenzen oder Spartenabbau durch kurzfristige Verstärkung der institutionellen Förderung der Theater und Orchester
- Vereinbarung eines Verfahrens, das die Kostenentwicklungen bzw. Mehrbedarfe der Einrichtungen frühzeitig erfasst
- Initiierung eines Prozesses, mit dem eine tragfähige Theater- und Orchesterfinanzierung in gemeinsamer Verantwortung von Freistaat und kommunalen Trägern für die Folgejahre aufgestellt wird



© Unsplash / Larisa Birta

- Dynamisierung der Kulturfinanzierung und Anhebung des Betrags des Kulturlastenausgleichs im Finanzausgleichsgesetz (FAG)

In diesem Zusammenhang betont unsere kulturpolitische Sprecherin Claudia Maicher: „Wir stehen dafür ein, dass Theater und Orchester auch langfristig stabilisiert werden – und zwar ohne die Vielfalt der Kulturangebote in anderen Sparten zu vernachlässigen. Dafür braucht es eine Verständigung mit den Kulturräumen und Kommunen. Diese Diskussion muss umgehend geführt werden. Ein Abwarten bis zum nächsten Doppelhaushalt könnte fatale Folgen haben.“



© Unsplash / Wesley Pribadi

Weitere Informationen:

→ www.gruene-fraktion-sachsen.de/theaterhilfe

TSCHAU KATHLEEN, HALLO MARKUS!

Unsere Abgeordnete Kathleen Kuhfuß schied am 13. September dieses Jahres auf eigenen Wunsch aus dem Sächsischen Landtag aus. Auf sie folgte Markus Scholz, der am 20. September im ersten Plenum nach der Sommerpause offiziell sein Mandat antrat. Wir ziehen deshalb Bilanz zu Kathleens Wirken und wagen einen Ausblick auf die Ziele von Markus.



Kathleen und Markus haben mindestens eine Sache gemeinsam: Ihr Herz schlägt für Gesundheits-, Jugend-, Familien- und Sozialpolitik. In ihrer Zeit als Abgeordnete des Sächsischen Landtages konnte Kathleen Kuhfuß bereits wichtige Erfolge aus BÜNDNISGRÜNER Sicht erringen. Ein (unvollständiger) Rückblick auf ihr Wirken:

MEDIZINISCHE VERSORGUNG

Auch in Zukunft sollen alle Menschen in Sachsen sowohl in der Stadt als auch auf dem Land von einer medizinischen Grundversorgung profitieren. Dafür braucht es angesichts der Bevölkerungsentwicklung strukturelle Anpassungen. Im Zuge der Novellierung des Krankenhausgesetzes hat sich Kathleen für uns BÜNDNISGRÜNE erfolgreich für die Möglichkeit des Aufbaus von Gesundheitszentren eingesetzt. In diesen sind unterschiedliche Haus- und Fachärzt*innen niedergelassen, welche die Versorgung an einem Ort für die Patient*innen bündeln.

KINDERSCHUTZ

Mit dem ‚Masterplan Kinderschutz‘, den wir im Februar 2023 auf den Weg gebracht haben, sollen Kinder und Jugendliche besser vor sexualisierter Gewalt und Übergriffen geschützt werden. Hierfür wird unter

anderem die Prävention im Bereich Kinderschutz interdisziplinär ausgebaut. Damit die Fähigkeiten und Erfahrungen verschiedener Stellen gebündelt sowie flächendeckend Anlaufstellen für Kinder und Jugendliche im Freistaat errichtet werden können, stellen wir als Freistaat 550.000 Euro bereit.

BETEILIGUNG VON JUNGEN MENSCHEN

Wir glauben daran, dass junge Menschen am besten wissen, was ihre Region liebens- und vor allem lebenswert macht. Deshalb hat sich Kathleen unter anderem für die Erhöhung der Jugendpauschale eingesetzt, die Jugendarbeit vor Ort ausgebaut und sich für eine starke Schulsozialarbeit engagiert. Denn für uns BÜNDNISGRÜNE ist es wichtig, dass Kinder und Jugendliche in die Gestaltung unserer Gesellschaft aktiv einbezogen werden.

HIER SETZT MARKUS AN

Markus Scholz will an dieser Bilanz anknüpfen. Dabei steht für ihn die Gesundheitsversorgung der sächsischen Bevölkerung in der Stadt und ganz besonders auch in den ländlichen Regionen im Fokus. Die Gesundheitszentren, die mit dem neuen Sächsischen Krankenhausgesetz möglich sind, nehmen hier eine große Rolle ein. Auch für die Pflege, bei der wir in Sachsen einen großen Bedarf an qualifiziertem Pflegepersonal haben, wird er einstehen – unter anderem durch eine bessere Aus- und Weiterbildung im Bereich der Assistenzkräfte, um die anstehenden Herausforderungen einer immer älter werdenden Bevölkerung zu meistern. Soziale und demokratische Teilhabe sind für ihn grundlegend für das Miteinander. Deshalb macht sich Markus dafür stark, dass schon Kinder und Jugendliche Möglichkeiten bekommen, aktiv an der Demokratie mitzuwirken – zum Beispiel durch den Ausbau der Kinder- und Jugendbeteiligung in Stadt und Land. Außerdem betont Markus: „Mir ist eine offene Gesellschaft besonders wichtig und ich möchte, dass queere Menschen ohne Angst in Sachsen leben können.“



Social Media Wall



BÜNDNISGRÜNE-Fraktion Sachsen und katjagruen gruenefraktionsachsens und katjagruen

VERY GOOD NEWS! 🗳️ Der Sächsische Landtag hat eben das [#Gleichstellungsgesetz](#) beschlossen! Für diesen großen Schritt haben wir BÜNDNISGRÜNE lange gekämpft. Der Erfolg ist das Gemeinschaftswerk von vielen engagierten Menschen und Initiativen, für die stellvertretend [@lucies_ecke](#) als Abgeordnete und [@katjagruen](#) als Gleichstellungsministerin im [@smjusdeg](#) heute stehen. Uns ist natürlich klar, dass es weiterhin viel zu tun gibt. Aber heute freuen wir uns einfach erstmal sehr darüber, dass uns das gelungen ist 😊

20. September 2023



Franziska Schubert [@FranziskaOL](#)

„Politiker dürfen sich auch zu Hause nicht mehr wohlfühlen.“ – was für ein finsterner Satz, gebrüllt in Hörweite des Zuhauses von [@MPKretschmer](#) während einer Anti-Asyl-Demo. Meine Solidarität gilt ihm und seiner Familie. Man kann politisch unterschiedlicher Meinung sein, ... aber die Auseinandersetzung gehört zivilisiert & fair geführt. Alles Andere zeigt tiefe Verachtung gegenüber unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung & bringt klar zum Ausdruck, dass es Menschen gibt, die diese fallen sehen wollen. Wehren wir uns gemeinsam dagegen!

22. Oktober 2023



Markus Scholz [@mascholz_gruen](#)

Gleich in der ersten Aktuellen Debatte meine erste Rede über das 20-Punkte Programm zur medizinischen Versorgung in Sachsen. Kurzum: Einiges passiert, Studien- und Ausbildungsplätze müssen ausgebaut werden, Gesundheitszentren können die Versorgung gerade in ländlichen Räumen sichern und es braucht mehr Willkommenskultur und weniger Diskriminierung in Sachsen!

20. September 2023



Christin Melcher [@chmelcher.bsky.social](#)

Heute fand vor und während der Feierlichen Immatrikulation der [@UniLeipzig](#) vielfältiger Protest statt. Ich finde es gut, dass die Studierenden keine Normalisierung der [#noAfD](#) akzeptieren wollen. Auch im Publikum der Immafeier gab es viel Applaus.



11. Oktober 2023



Gerhard Liebscher [@gerhard_liebscher](#)

Spannende Gespräche zum Tag der dt. Einheit.

MEINE ANTWORT:

- 1 Stichwort Streckenreaktivierung – ÖPNV im ländlichen Raum absichern!
- 2 konservativen Schauergeschichten à la „gescheiterter Energiewende“ und „ohne fossile geht's eben nicht“ entschieden entgegentreten!
- 3 Sachsen kann grüne Energie und Wirtschaft – man muss es nur wollen und dafür sorgen, dass die Politik die richtigen Maßnahmen einsetzt, sodass niemand alleine gelassen wird.

5. Oktober 2023



BÜNDNISGRÜNE-Fraktion Sachsen

„Für Verfassungsfeinde ist auf der Richterbank kein Platz.“ Das hat das Dienstgericht des Bundes beim BGH heute bestätigt. Rechtsextremist Jens #Maier wird nie wieder als Richter Recht sprechen. Danke an Katja Meier für ihren Einsatz!

5. Oktober 2023



[f GrueneFraktionSachsen](#) [X @SaxGruen](#) [@gruenefraktionsachsens](#) [@saxgruen.bsky.social](#)
→ www.gruene-fraktion-sachsen.de

Die SAXGRÜN und weitere Publikationen direkt bei uns per E-Mail bestellen: gruene-presse@slt.sachsen.de

Impressum

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden
Telefon: 0351 493 48 11 | Telefax: 0351 493 48 09 | E-Mail: gruene-presse@slt.sachsen.de

Redaktion: Eric Heffenträger (V.i.S.d.P.), Kevin Schwarzbach, Anne Brückner, Jaroslaw Kubiak | Stand: November 2023

Illustrationen: Cesar Tezeta (Titel), Mandy Münzner (Seite 6/7) | Gestaltung: die superpixel | Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.